

OAT 1.9.2023 Antikriegskundgebung

Am 1. September 1939 überfiel das faschistische Deutschland Polen. Dies war der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Zum zweiten Mal in der Geschichte brach ein großer imperialistischer Krieg um die Neuverteilung der Welt aus. Damals verhalf der Faschismus dem deutschen Großkapital zum ersehnten Krieg. Der Faschismus lieferte die ideologische Legitimation und zugleich den Terror gegen diejenigen, die auf die Lügen nicht hereinfielen, dagegenhielten oder nicht in die neue Ordnung passten, um den Krieg zu ermöglichen.

Heute hat das Großkapital den Faschismus (noch) nicht nötig, um seine Interessen durchzusetzen. Die vermeintlich linke Ampelregierung sind die besten Freund:innen der Waffenindustrie, Grünenpolitiker:innen kennen ganze Waffenkataloge auswendig und das Liefern immer größerer Waffen wird auf vorgeblichen „Friedensdemos“ neben National- und Nato-Fahnen als Akt des Friedens verkauft, während die Bundeswehr umso offensiver damit wirbt, dass es „jetzt gilt“.

Die Floskeln von „deutschen Interessen“ und „westlichen Werten“ schlagen einem im Alltag entgegen – das Abendland muss wieder verteidigt werden.

Es geht den Regierenden nicht um Frieden, Werte, Demokratie und Menschenrechte. Es geht um politische Einflussphären, um Märkte, Ressourcen und Handelswege. Das Gerede vom „Wertewesten“ ist reine Heuchelei: Der Angriffskrieg der Türkei gegen die demokratisch organisierte Bevölkerung und die Befreiungsbewegung in Kurdistan und die türkische Besetzung von Gebieten in Nordsyrien wird im NATO-Lager durchweg unterstützt. Chemiewaffenangriffe und Drohnterror, Terror gegen die Opposition und die Abschaffung demokratischer Rechte sind für sie dort kein Problem, weil ~~das Erdogan-Regime~~ ^{die AKP} ein wichtiger Kooperationspartner ist.

Für diese Verteidigung und ihren Frieden muss die Nation wieder zusammenstehen.

Wir „alle“ sollen den Gürtel enger schnallen. Statt in unsere Zukunft, Bildung und Soziales wird in Aufrüstung investiert.

Und während alles teurer wird und unsere Löhne gleich bleiben, verraten die Gewerkschaften in der "Konzentrierten Aktion" unsere Interessen.

Wohin dieser Kurs führt, hat SPD-Chef Lars Klingbeil deutlich gesagt: 80 Jahre angeblicher deutscher Zurückhaltung auf internationaler Ebene sollen nun vorbei sein – Die aktuelle Kriegslust scheint alle Lehren aus der deutschen Geschichte vergessen zu machen.

Diese Normalisierung des Militarismus und das neue nationale und westliche „Bewusstsein“ stellen nicht nur einen erneuten Rechtsruck innerhalb der etablierten Parteien dar, sie spielen außerdem langfristig den Rechten in die Karten – während Hofreiter von den Grünen die AfD als „Landesverräter“ beschimpft, können diese sich heute als die „letzten Verteidiger:innen des Friedens“ inszenieren.

Die AfD hat angesichts der Zusammensetzung ihrer Wähler:innenschaft kein Problem damit, als Russland-freundlich dazustehen, während andere Rechte wie der Dritte Weg kein Problem damit hat, sich dem Ruf der Verteidigung der deutschen und westlichen Interessen in der Ukraine anzuschließen.

Gleichzeitig werden die alten Forderungen der Rechten nach mehr Militarismus und Nationalgefühl von den Etablierten umgesetzt und der Staat auf die Kriege vorbereitet, die die Rechten vielleicht eines Tages selbst führen wollen.

Deshalb müssen wir Antifaschist:innen, sowohl aus aktuellem Anlass, wie auch aus historischer Verantwortung, am Antikriegstag auf den Straßen präsent sein.

Überlassen wir den Rechten nicht die Straße, halten wir sie aus den Friedensdemos draußen; ebenso die Imperialist:innen, die deren Forderungen umsetzen und ihnen den Weg bereiten!